

Evangelische Kirche startet Kampagne gegen Ertrinken im Mittelmeer

„Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt.“

Am 20. September 2020 startet der Evangelische Kirchenkreis Solingen eine Kampagne zur Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer. Die Kampagne steht unter dem Motto: „Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt.“ Unter unterstützt die Arbeit des Bündnisses „United4rescue – gemeinsam retten“. In ganz Deutschlands bilden fast 600 Landeskirchen, Kirchenkreise, Kirchengemeinden, kirchliche wie zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen sowie Einzelpersonen dieses Bündnis. Darunter sind auch der Evangelische Kirchenkreis Solingen sowie fast alle Gemeinden des Kirchenkreises. Sie eint angesichts der humanitären Katastrophe, die sich Tag für Tag auf den Fluchtrouten zwischen Afrika und Europa über das Mittelmeer ereignet, eine klare Überzeugung: „Lebensretten ist Christenpflicht“.

„Wir können als Kirche nicht länger eine Politik in Europa hinnehmen, die die staatliche Seenotrettung weitgehend abgeschafft hat und darüber hinaus sogar versucht, die private Seenotrettung durch Hilfsorganisationen zu kriminalisieren“, erklärt Ilka Werner, Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Solingen. Für das Argument, durch diese Politik würden Menschen auf ihrer Flucht von der gefährlichen Route über das Meer abgeschreckt, müssten jedes Jahr Tausende mit ihrem Leben bezahlen, beklagt die Theologin.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat allein seit 2016 mehr als 12.000 ertrunkene Menschen gezählt. Es nennt den Weg über das Mittelmeer darum „die tödlichste Seeroute der Welt“. Anstatt aber in dieser Situation die Anstrengungen zur Seenotrettung zu verstärken, haben europäische Regierung dieses Engagement bereits vor Jahren weitgehend zurückgefahren.

Viele Christinnen und Christen in Deutschland halten diese Politik für zutiefst unchristlich. Beim Abschlussgottesdienst zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund hatte Pastorin Dr. Sandra Bils in ihrer Predigt den Satz geprägt, der diese Haltung prägnant zusammenfasst: „Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt.“ Der Kirchentag hatte die EKD darum aufgefordert, gemeinsam mit Partnern ein eigenes Rettungsschiff ins Mittelmeer zu schicken. Zusätzlich zur konkreten Hilfe soll damit das Augenmerk der europäischen Bürgerinnen und Bürger wieder auf das Versagen der europäischen Politik angesichts des massenhaften Ertrinkens im Mittelmeer gelenkt werden. Die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Solingen hat sich im Juni 2019 einstimmig die Forderung „Schicken wir ein Schiff“ zu eigen gemacht und die Gemeindemitglieder aufgerufen, dieses Anliegen auch persönlich zu unterstützen.

Im Dezember 2019 rief die EKD gemeinsam mit Partnern das Aktionsbündnis „United4Rescue - Gemeinsam Retten“ ins Leben. Im Januar 2020 hat das Bündnis ein ausgedientes Forschungsschiff gekauft. Nach seinem Umbau zum Lazarettsschiff hat die „Seawatch 4“ bei ihren ersten Einsätzen im Sommer 2020 bereits mehrere Hundert Menschen aus Seenot gerettet, medizinisch versorgt und sicher an Land gebracht.

„Mit unserer Kampagne möchten wir als Evangelische Kirche auch in Solingen zur Lebensrettung auf dem Mittelmeer beitragen“, sagt Thomas Förster, Pressepfarrer und Koordinator der Kampagne. Die Kampagne startet am 20. September 2020 mit einem Gottesdienst in der Lutherkirche, Kölner Straße. Wegen der Corona-Pandemie sind nur wenige Menschen in der Kirche zugelassen. Ein Video des Gottesdienstes wird anschließend bei Youtube veröffentlicht. Die Gemeinden sammeln bis Ostern 2020 Spenden, um so wichtige Gelder zur Verfügung zu stellen, damit geflüchtete Menschen im Mittelmeer vor dem Tod durch Ertrinken gerettet werden. Und sie sammeln Unterschriften für eine deutsche und europäische Flüchtlingspolitik, die Menschenrechte respektiert. Die Unterschriften sollen an den Solinger Bundestagsabgeordneten Jürgen Hardt übergeben werden. Auf Initiatives Evangelischen Kirchenkreises Solingen und nach Beschluss des Rates der Stadt hat sich Solingen im Herbst 2019 dem Bündnis „Sichere Häfen“ angeschlossen.